

Nationaler Deutscher Rundflug.

Die Preise für die erste Etappe.

Schwerin, 15. Juni. Bei außerordentlich großem Besuch der Bevölkerung Schwerins und Umgebung fand gestern der öffentliche Wettbewerb um die Ehrenpreise statt, in die sich Lindpaintner, König, Büchner und Wincziers teilten. Die Preise der ersten Etappe, der mit 10 000 Mark dotierten Strecke Berlin-Magdeburg, werden wie folgt unter die Teilnehmer verteilt werden: Lindpaintner erhält 3286,64 M., Büchner 1914,69 M., König 781,98 M., Schanenburg 768,74 M., Laifisch 768,05 M., Müller 609,99 M., Dr. Wittenstein 609,09 M., Thelen 575,24 M., Dollmüller 687,91 M.

Die 3. Etappe.

Schwerin, 15. Juni. Zu dem heute früh 4 Uhr stattgefundenen Start nach Hamburg hatten bestimmt Vincziers, Lindpaintner, König und Büchner. Dr. Wittenstein ist mit seinen Reparaturen am Apparat fertig und hofft, daß er bestimmt gegen Abend für die 3. Etappe wird starten können. Laifisch blieb über Nacht in Wernitz und wird heute frühzeitig nach Schwerin weiterfliegen. Weidhard hat seinen Apparat in Schwerin nicht ausgepackt, sondern nach Kiel weitergehen lassen und wird von dort aus starten.

Anzeichnungen anlässlich des Deutschen Rundfluges.

Schwerin, 14. Juni. Heute mittig waren die Seren der Flugleitung, Major v. Tschudi, Dr. Tust und Kapitänleutnant Kaiser vom Großherzog zum Frühstück geladen. Der Großherzog verlieh dem Major v. Tschudi das Ehrenkreuz des Großherzogs und Kaiser das Ritterkreuz desselben Ordens mit der Krone.

Schwerin, 15. Juni. Bei schönem Wetter wurde heute morgen in schneller Reihenfolge der Start zur 3. Etappe erledigt. Es starteten Wincziers 4.01 Uhr, Lindpaintner 4.04 Uhr und Büchner 4.08 Uhr.

Hamburg, 15. Juni. Büchner ist als Erster 6.28 Uhr mit seinem Fluggerät, Venturum Steffen, auf dem Flughafen von Hamburg gelandet. Die vorläufige Reisezeit betrug sich dadurch, daß der Flieger im hergehenden dichten Nebel jede Orientierung verloren hatte und eine Zwischenlandung vornehmen mußte. Er stieg aber bald darauf wieder auf, verirrte sich jedoch nochmals im Nebel und es dauerte ziemlich lange, bis es ihm schließlich gelang, die Richtung nach Hamburg zu finden. Er ging in schönem Flug über das Zielband. Sofort nach seiner Landung setzte ein heftiger Regen ein.

Lindpaintner ist 4.49 Uhr bei Seedorf an der Westseite des Schalles niedergegangen; sein Motor setzte mehrfach aus und stand dann ganz still. Lindpaintner ging aus einer Höhe von 500 Meter in schönem Gleitflug vollkommen sicher nieder. Wincziers ist in Kirchsteinbeck bei Schiffbeck, etwa 12 Kilometer von Hamburg entfernt, nächst der Sorner Chaussee wegen dichten Nebels gelandet.

Neue Teilnehmer am Rundflug.

Berlin, 15. Juni. Die Zahl der Teilnehmer am Deutschen Rundflug hat sich um drei vermehrt. Paul Lange ist gestern in Hamburg eingetroffen und wird von dort aus mit seinem Etappeneinleiter mit 70 PS Daimler-Motor starten. Leutnant v. Gorzissen ist Mittwochabend von Johannisthal nach Hamburg abgereist, um dort mit einem Deutsches-Luftfahrt-Gesellschaft-Zweibeiner am Wettsflug teilzunehmen. Schließlich hat noch Gustav Otto seine Teilnahme zugesichert. Der Flieger hat aus München einen Zweibeiner eigener Konstruktion, der mit einem 100 PS Argus-Motor ausgestattet ist, nach Lüneburg geschickt und wird sich von dort aus an den folgenden Etappen des Rundfluges beteiligen.

Müllers Befinden.

Magdeburg, 15. Juni. Das Befinden des abgestürzten Fliegers Müller ist noch immer unverändert. Die Ärzte gehen an, daß der Flieger infolge der vielen Einsparungen, die er in den letzten Tagen erhalten hat, das Bewußtsein noch nicht wiedererlangen konnte. Man fürchtet jedoch nicht mehr, daß eine Wendung zum Schlimmen eintreten wird.

K. Magdeburg, 15. Juni. (Brinattelegramm.) Bei hartem, ruhigem Nordostwinde erhob sich Thelen mit einem Ballon 3.37 Uhr. Er startete viermal, mußte aber infolge des milden Windes immer wieder landen. Schließlich gab Thelen den Flug auf, montierte seinen Apparat ab und fuhr mit der Bahn nach Hamburg. Wittenstein erlitt 6.55 Uhr ebenfalls zur Probefahrt von 30 Minuten auf. Aber auch er mußte wieder landen; er ließ den Apparat in den Schuppen bringen. Ob Dollmüller nochmals aufsteigen wird, hängt von der Witterung ab.

Kongresse und Verbandstage.

Tagung des Betriebskrankenkassenverbandes. Dresden, 14. Juni. Der Verband zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen hielt heute hier im Vortragslokal der Ausstellung unter dem Vorsitz des Kruppischen Direktors Justizrat W. a. d. E. seinen diesjährige Hauptversammlung ab, die aus allen Teilen des Reiches besetzt war. Der Vorsitzende erstattete in längerem Vortrage einen Bericht über die Tätigkeit des Verbandes, wobei er insbesondere die Tätig-

keit in Hinblick auf die Reichsversicherungsordnung in interessanten und bemerkenswerten Ausführungen beleuchtete. Der Verband stützt sich auf 20 Unterverbände und umfaßt 2592 Betriebskrankenkassen mit über 2 Millionen versicherten Mitgliedern. Ende vergangenen und zu Beginn dieses Jahrhunderts hätten die Sozialtheoretiker für eine völlige Umgestaltung der Arbeiterversicherung Propaganda gemacht. Das Reichsamt des Innern sei aber zu der Erkenntnis gelangt, daß an eine materielle Vereinheitlichung der verschiedenen Zweige der Arbeiterversicherung nicht gedacht werden könne. Jedoch habe das Reichsamt des Innern stets eine weitgehende Zentralisation des Krankenfällenwesens, dies namentlich die Betriebskrankenkassen zum Vaper gedrückt werden sollen, im Auge gefaßt. Der Verband habe immer wieder die vielen großen, praktischen Bedenken, die in der Krankenversicherung gegen eine allgemeine Zentralisation sprechen, vorgelegt und gezeigt, daß die Betriebskrankenkassen den Versicherer eine ausgebreitete Krankheitsfürsorge als die zentralisierten Ortskrankenkassen zu leisten werden läßt, trotzdem aber durchschnittlich geringere Beiträge erheben und auch über höhere Rücklagen verfügen. Manche Sozialpolitiker hätten auch gefordert, daß die großen Vorteile der Betriebskrankenkassen, die namentlich aus der Eigenart ihres Zusammenhanges mit den Unternehmungen entspringen, insbesondere das gezielte Zusammenwirken von Unternehmern und Arbeitern auf dieser neutralen Grundlage, was vom sozialpolitischen Standpunkte aus ganz besonders zu bewerten sei, auch für die Zukunft gesichert werden müßten. Wenn es dem Verband trotz aller Bemühungen nicht gelungen sei, die Betriebskrankenkassen in der Reichsversicherungsordnung unbegrenzt in ihrem Bestande zu erhalten, so sei dies einmal auf die für solche Einrichtungen ungünstige Zusammensetzung des Reichstages, dann aber auch auf den Widerstand der Vertreter des Reichsamts des Innern zurückzuführen, die zu sehr dem Platanom der Zentralisation nachgefolgt wären. In der Urfrage bringe die Reichsversicherungsordnung keine Lösung und halte den gegenwärtigen Zustand anrecht, daß die Krankenkassen den isolierten Ärzten in der Hauptstadt in die Hand gegeben seien. Nur der logische Widerspruch, daß die Kassen unter allen Umständen ihren Mitgliedern tätige Behandlung zur Verfügung stellen müssen, während für die Ärzte auch nicht die Spur einer Verpflichtung besteht, diese Hilfe zu leisten, sei dahin gemildert worden, daß bei Verweigerung die ärztliche Versorgung durch eine Parzellierung abgedeckt werden kann. Die Regelung des Verhältnisses zwischen Krankenkassen und Apotheken könnte auch nicht befriedigen, da es den Krankenkassen unmöglich gemacht würde, von den Apothekern günstigerer Bedingungen zu erlangen, als das Gesetz als Mindestmaß vorschreibt. Wenn der Verband aus diesen Grund habe, mit der Reichsversicherungsordnung zufrieden zu sein, so könne doch die Gemüthsruhe, daß ohne seine Tätigkeit manches für die Betriebskrankenkassen viel schlimmer gekommen wäre und daß doch in manchen Beziehungen auch Vorteile und Verbesserungen erreicht worden sind. In diesen mit Beifall aufgenommenen Bericht schloß sich noch die Erledigung einiger gefälliger Punkte, Entlassung, Vorschlag, Wahlen. Es folgte dann ein eingehender Vortrag über die Entwicklung der Reichsversicherungsordnung und über die endgültige Festlegung des Gesetzes. Die Verammlung stellte für die weitere Tätigkeit des Verbandes, namentlich für die Durchführung der Reichsversicherungsordnung bei den Betriebskrankenkassen sich in Hinblick auf den gemeinschaftlichen Esen und Befähigung der Ausstellung, namentlich der Ausstellung des Verbandes, waren die weiteren Besprechungen.

38. Deutscher Gastwirtstag.

Eigener Bericht unseres S.-Korrespondenten. Braunschweig, 14. Juni. Der heutigen Hauptversammlung des Deutschen Gastwirtesages wohnten als Vertreter des Braunschweigischen Staatsministeriums Geh. Regierungsrat Siegemann, als Vertreter der Stadt Braunschweig Oberbürgermeister Reimeler, der Polizeipräsident Regierungsrat Hoffmeister und als Vertreter der Braunschweigischen Handelsmannschaft Kommerzienrat Schmidt bei. Der Vorsitzende des Braunschweigischen Gastwirtervereins Wollenhauer eröffnete die Verhandlungen mit einer Begrüßung der Teilnehmer, worauf Präsident Ringel (Berlin) die Ehrengabe willkommen hieß und die beifällig aufgenommene Mitteilung machte, daß sich inzwischen eine harrliche Zone des Deutschen Gastwirterverbandes gebildet habe. Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten. An erster Stelle referierte Generalsekretär Bräuner (Berlin) über die neue Verwaltungsreform und der Gastwirtslage. Er führte aus: Die bevorstehende Verwaltungsreform interessiert am meisten den Gastwirtestagen, weil diese in händiger Fälligkeit mit den meisten Beschwerden sind. Aber wir müssen uns Bedauern der deutschen Gastwirte sehen, daß keiner ihrer Vertreter zu den Verhandlungen über die Verwaltungsreform zugezogen worden ist. Die Verhältnisse, wie sie sich im ganzen Reiche gestaltet haben, beweisen, daß der Wirtstand unter Belastungen fast unzulänglich ist. Wir haben erst jüngst von Wasserwerk gehört, welchen Schädigungen Handel und Gewerbe ausgeht sind, und da glauben Sie den schwarzkalben Serren ja nicht, daß wir uns in einer aufsteigenden Linie befinden! Trotzdem wäre es immer noch nicht soweit um das Gewerbe gefehlt, wenn nicht die im Automobiltempo geschaffenen neuen Steuern ausnahmslos an dem Wirtstand hängen geblieben wären. Deshalb dürfen bei den bevorstehenden Reichstagswahlen von den Gastwirten nur solche Leute gewählt werden, die Verhältnisse für den Gastwirtsstand haben. Im Anschluß an das Referat wird folgende Resolution

vorgelegt: Der Gastwirtstag wolle beschließen, die früher schon eingeleiteten Schritte zur Gründung einer Gastwirtskammer an der Spitze der gegenwärtigen misslichen Verhältnisse im Gewerbe ungenügend wieder aufnehmen und mit allem Nachdruck auf eine Bewirtlichung dieses Antrages hinzuwirken. In der Debatte empfiehlt Fischer (Berlin) die rege Unternehmung des Hansabundes. Wolter (Berlin) widerspricht. Die Gastwirte hätten allen Parteien Dank zu sagen für ihre Unterstützung. Man dürfe nicht einzelne Parteien bevorzugen, sondern müsse sich die einzelnen Kandidaten ansehen. Die Resolution wird schließlich angenommen. Es folgt die Beratung eines Antrages der Anhaltischen Zone: Der Deutsche Gastwirtstag wolle beschließen, daß Verbandsoberer für Ausstellungen seinen Unternehmern, Agenten oder mit sich laßt die Herren nennen müssen, diesen Namen hergeben. In der Debatte stellt Käppel (S. 11) den Antrag, es möchten die Statuten geändert werden, damit der gefällige Ausschuss die Ausstellungen der Verbandsoberer unterstützen könne. Unter großer Bewegung erklärt der gefällige Ausschuss, daß der Ausschuss sich nur an vom Verbands unternehmern Aus-

stellungen beteiligen werde. Der Antrag Anhalt wird darauf angenommen. Nach Entgegennahme des Berichtes über die Revision beim Allgemeinen deutschen Gastwirterverein in Stuttgart wird der Antrag Hannover auf staatliche Zwangsversicherung der Gewerbetreibenden abgelehnt, desgleichen einige andere von Proherz (Magdeburg) und Klappel (Halle) eingebrachte Anträge auf Schaffung von besonderen Rententafeln für Gastwirte. Allgemein wurde eingemendet, daß die Frage der Schaffung von solchen Kassen einer eingehenden Vorberingung bedürfe. Den Schluß der heutigen Verhandlungen bildete die Verprechung der Kassenführerangelegenheit. Hierzu lagen eine ganze Reihe von Anträgen vor, die dahin gingen, von den Kassenführern nach Möglichkeit noch mehr Verfügungen für die Besizer zu erwirken. Zum nachfolgenden Tagungstage wurde Geschäft gemacht. Die Verhandlungen werden am Donnerstag fortgesetzt.

3. Verbandstag des Verbandes der unteren Post- und Telegraphenbeamten. In den weiteren Verhandlungen des Verbandstages stand die Frage im Vordergrund, welche sozialpolitischen Maßnahmen seitens der Verwaltung und der Volksvertretung zu ergreifen sind im Interesse der weiteren Entwicklung der Dienstverhältnisse der unteren Beamtenenschaft. Die ständige Ausdehnung des Berufsweins bedingt ein rapides Wachstum der Zahl der unteren Beamten. Die Zahl der unteren Postbeamten beträgt jetzt über 125 000. Es ist in erster Linie die ständige Forderung zu erheben, daß sich das Verhältnis des einzelnen Beamten unter der Einwirkung der hier gegebenen Massenverhältnisse nicht verschlechtert, vielmehr aus dem einzelnen eine auskömmliche Befolgung sowie eine den Fähigkeiten entsprechende Entwicklung und Erweiterung der dienstlichen Stellung gewährleistet sei. Folgende Resolutionen wurden einstimmig angenommen:

Der 3. Verbandstag des Verbandes der unteren Post- und Telegraphenbeamten stellt mit Bedauern fest, daß im Hinblick auf die ungenügende Berücksichtigung der unteren Beamten bei der Erhöhung der Gehälter und des Wohnungsgeldzuschusses im Jahre 1909 die seitens der unteren Beamten erhobenen, vom Reichstage als berechtigt anerkannten Wünsche auch bis jetzt keine Berücksichtigung fanden. Im Hinblick auf die fortwährende schwierige wirtschaftliche Lage der unteren Beamten erneuert der Verband die Bitte an den Reichstag, in eine Revision der Besoldungsverhältnisse einzutreten und durch eine Novelle zum Besoldungsgesetz die weitere notwendige Einkommensverbesserung der unteren Beamten herbeiführen zu wollen.

In den letzten Jahren haben sich die Anstellungsverhältnisse erheblich verschlechtert; es herrscht ein Mangel an entsprechenden Stellen, und der Verbandstag erwartet eine Beseitigung dieses Mißstandes durch Vermehrung der entsprechenden Stellen. Nur diese Frage bezieht sich die folgende Resolution: Der 3. Verbandstag spricht die Erwartung aus, daß der nächstjährige Etat der Reichspost- und Telegraphenverwaltung, entsprechend den diesjährigen Verfügungen des Reichstages, eine ausreichende Zahl neuer entsprechender Stellen vorzulegen werde, damit die zurzeit außerordentlich ungünstigen Anstellungsverhältnisse der Postboten, Postillon und Telegraphenarbeiter einer Besserung entgegengeführt werden können.

Die dritte Resolution bezieht sich auf die Forderung einer Erweiterung der Stellung des Oberpostinspektors und des Oberpostsekretärs. Für die diese Kategorien geschaffenen höheren Stellen mit ihrem verhältnismäßig begrenzten Wirkungsbereich können in ihrem jetzigen Gehalt nicht als das Endziel einer Personalreform betrachtet werden. Der Verbandstag erwartet eine Umgestaltung der Personalordnung durch eine Erweiterung der jetzt für die höheren Stellen gezogenen Grenzen in der Weise, daß den höheren Unterbeamten eine höhere Anstellung als Betriebsbeamte mit angemessenen Bezügen verliehen werde.

Gerichtsverhandlungen.

Schöffengericht.

Halle a. S., 14. Juni. Der Hofdol. Eine hiesige Arbeiterfrau hatte unter den alkoholischen Neigungen ihres Mannes schon seit längerer Zeit sehr zu leiden gehabt. Der trunksüchtige Gatte, Vater von acht Kindern, leiste nicht nur viel Geld in Folge um, sondern ließ sich im Hause auch öfter zu schlechter Behandlung der Frau verurteilen. Selbst als sie in Wochen lag, betraut er sich und „Ising Stand“. Die Frau mußte sich ihrer Verurteilung nach schließlich nicht anders zu helfen, als den Schmähreden ihres Mannes, einen Materialmangel, anzuliegen, weil er geduldet habe, daß ihr Mann in seinem Leben Sünners trinke. Vor dem Schöffengericht kam es zwischen den Eheleuten zu unlieblichen Auseinandersetzungen. Der Mann verurteilte seine Trunkfälle abzulernen und beschuldigte die Frau, Feindschaftsbedienste geleistet zu haben. Das Gericht hielt aber das Zeugnis der Frau für glaubwürdig und verurteilte deshalb den Materialmangel wegen Gewerbevergehen zu sechs Mark Geldstrafe und seine im Gesicht mittägige Mutter zu drei Mark.

Reisegericht der 8. Division.

Halle a. S., 14. Juni. Ehrhüte Strafe. Der Musikier Max Schmidt I vom Infanterieregiment Nr. 153 in Altenburg bekam bis am Mittag des 16. Mai beim Essenempfang sehr ungebührlich gegen den Unteroffizier vom Dienst, einen Sergeanten. Er hat sich überhaupt dienstlich bisher nicht gut geführt und sich schon manche Disziplinarstrafe zugezogen. Von Zülbilzug ist er Teaternalmer. Der Sergeant achtete beim Essenvertellen besonders darauf, daß sich die sogenannten „alten Leute“ nicht vor den Rekruten vorbrängen. Schmidt aber, selbst ein „alter Mann“, ließ mehrmals spöttlich: „Immer die alten Krieger voran!“ Als ihn der Sergeant deshalb auf den Linken Flügel verwies, trat Schmidt pathig vor und fragte: „Warum?“ Wegen Ungehorsamkeit vor verammelter Mannschaft wurde er handverurteilt zu zwei Wochen strengem Arrest und auch des Gerichtes. Das hiesige Reisegericht erhobte die Strafe auf drei Wochen, da das Verhalten des Angeklagten gegen den Sergeanten sich als große Frechheit kennzeichnete. Der Angeklagte behauptete, daß nach dem jetzigen Militärstrafgesetzbuch die frühere Verordnung „Rechtloskeitsstrafe“, d. h. eine Ehrstrafe wegen frivoler Berufungseinlegung, nicht mehr zulässig sei.







